



Landtag von Baden-Württemberg

1. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Dienstag, 12. Juni 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 11:00 Uhr

Schluss: 14:49 Uhr

INHALT

1. Eröffnung durch den Alterspräsidenten	1	Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Margot Queitsch	17
Alterspräsident Kurz	1	Nächste Sitzungen	17
2. Wahl des Präsidenten	4	Anlage 1 Vorschlag zur vorläufigen Übernahme der Geschäftsordnung	18
Abg. Oettinger CDU	4	Anlage 2 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Präsidiums	19
Abg. Straub CDU	5	Anlage 3 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Wahl der Schriftführer	20
Präsident Straub	5	Anlage 4 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses	21
3. Wahl der stellvertretenden Präsidenten und Präsidentinnen	8	Anlage 5 Liste der Einsprecher gegen die Landtagswahl am 25. März 2001	22
Abg. Dr. Salomon GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	8	Anlage 6 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse	23
Abg. Drexler SPD (zur Geschäftsordnung)	10, 13		
Abg. Oettinger CDU (zur Geschäftsordnung)	11		
Abg. Pfister FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	12		
Abg. Drexler SPD	14, 15		
Abg. Birzele SPD	14		
Abg. Oettinger CDU	14, 15, 16		
Abg. Christa Vosschulte CDU	14		
Abg. Dr. Salomon GRÜNE	15, 16		
Abg. Beate Fauser FDP/DVP	16		
4. Wahl der Mitglieder des Präsidiums	16		
5. Wahl der Schriftführer	16		
6. Wahl der Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses	16		
7. Bestellung der Ausschüsse und Wahl der Ausschussmitglieder	17		
8. Beschlussfassung über das Genehmigungsverfahren in Immunitätsangelegenheiten	17		

Protokoll

über die 1. Sitzung vom 12. Juni 2001

Beginn: 11:00 Uhr

Alterspräsident Kurz: Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 1. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg.

Gemäß Artikel 30 Abs. 3 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg tritt der Landtag spätestens am 16. Tag nach Beginn der Wahlperiode zusammen. Die 13. Wahlperiode hat am 1. Juni begonnen. Die von der Verfassung vorgeschriebene Frist ist also eingehalten.

Nach derselben Verfassungsbestimmung wird die erste Sitzung vom Alterspräsidenten einberufen und auch geleitet. Der Präsident des 12. Landtags hat mir mitgeteilt, dass ich das älteste Mitglied des am 25. März 2001 gewählten 13. Landtags bin.

Das erscheint mir ein bisschen unwahrscheinlich.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Daher frage ich das Plenum: Ist eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter anwesend, der vor dem 17. Januar 1935 geboren wurde? – Das ist nicht der Fall. Dann bin ich doch das älteste Mitglied des Landtags.

(Heiterkeit)

Ich will nicht sagen, hier sei die Jugend des Landes versammelt, aber zumindest fühlen wir uns so.

In meiner Eigenschaft als ältestes Mitglied habe ich die heutige konstituierende Sitzung einberufen.

Für diese Sitzung bestelle ich Frau Abg. Dr. Stolz und Frau Abg. Weckenmann zu vorläufigen Schriftführerinnen und bitte sie, links und rechts neben mir Platz zu nehmen. Frau Dr. Stolz, wenn Sie vielleicht an meiner rechten Seite Platz nehmen.

(Heiterkeit)

Entschuldigung, Frau Weckenmann, das war nicht despektierlich gemeint. Aber in diesem Haus ist es nun einmal üblich, dass die Vertreter der SPD links und die Vertreter der CDU rechts sitzen.

(Die vorläufigen Schriftführerinnen nehmen ihre Plätze ein.)

Am 25. März dieses Jahres wurden Sie, meine Damen und Herren, in den 13. Landtag von Baden-Württemberg ge-

wählt. Ich gratuliere Ihnen zu dieser Wahl und wünsche Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, für die Ausübung Ihres Mandats Gesundheit, Tatkraft und jene Portion Optimismus, die manchmal notwendig ist, um dieses Amt zu bestehen.

Ich darf nun die Gäste, die der heutigen Eröffnungssitzung beiwohnen, Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg, Angehörige, Partner, Freunde und Mitarbeiter der Abgeordneten, frühere Parlamentarier, Regierungsmitglieder, Vertreter des öffentlichen Lebens, von Behörden und Verbänden sowie der Bundeswehr, befreundete Gäste aus den Nachbarländern und aus dem befreundeten Ausland, Vertreter des Konsularischen Korps, der Kirchen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags und der Fraktionen und nicht zuletzt die Vertreter der Medien herzlich willkommen heißen.

Mein besonderer Gruß gilt dem Präsidenten des Bayerischen Landtags, Herrn Johann Böhm,

(Beifall im ganzen Haus)

den früheren Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg, Herrn Dr. Fritz Hopmeier und Herrn Erich Schneider,

(Beifall im ganzen Haus)

dem bisherigen Zweiten stellvertretenden Landtagspräsidenten, langjährigen Minister und stellvertretenden Ministerpräsidenten unseres Landes, Dr. h. c. Gerhard Weiser, der jetzt nach über 33 Jahren als dienstältestes Mitglied aus dem Landesparlament ausgeschieden ist,

(Beifall im ganzen Haus)

dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herrn Klaus von Trotha, der nach 25-jähriger Parlaments-tätigkeit jetzt ebenfalls ausgeschieden ist,

(Beifall im ganzen Haus)

sowie dem langjährigen Ersten stellvertretenden Landtagspräsidenten, Herrn Dr. Alfred Geisel.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich freue mich besonders, den früheren Alterspräsidenten und langjährigen Landtagsvizepräsidenten, Herrn Hans Albrecht, heute in unserer Mitte begrüßen zu dürfen.

(Beifall im ganzen Haus)

(Alterspräsident Kurz)

Meine Damen und Herren, ich möchte die Begrüßung von Ehrengästen fortsetzen und begrüße mit großer Herzlichkeit den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Lothar Freund.

(Beifall im ganzen Haus)

Ein besonderer Willkommensgruß gilt den Vertretern der christlichen Kirchen und der Israelitischen Religionsgemeinschaften.

(Beifall im ganzen Haus)

Unser besonderer Dank gilt Herrn Bischof Dr. Gebhard Fürst und Herrn Landesbischof Dr. Ulrich Fischer, die vor der konstituierenden Sitzung mit uns gemeinsam den ökumenischen Gottesdienst gefeiert haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Landesbischof, es war für mich etwas Befriedigendes, dass die Gerechtigkeit Gottes auch Sie im Stau stecken ließ.

(Heiterkeit)

Besonders grüßen darf ich den Gouverneur unserer Partnerprovinz Oulu, Herrn Professor Dr. Eino Siuruainen,

(Beifall im ganzen Haus)

und den Rektor der Universität Oulu, Herrn Professor Dr. Lauri Lajunen.

(Beifall im ganzen Haus)

Mein herzlicher Willkommensgruß gilt außerdem dem ehemaligen Präsidenten des Großen Rates des Kantons Schaffhausen, Herrn Charles Gysel.

(Beifall im ganzen Haus)

Ebenso herzlich begrüße ich den Befehlshaber des Wehrbereichskommandos V und Kommandeur der 10. Panzerdivision, Herrn Generalmajor Jan Oerding.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, bei einer Konstituierung des Parlaments wird auch immer wieder die Frage gestellt: Rechtfertigen sich in einer Zeit des Umbruchs, der Internationalisierung und der scheinbar nicht mehr regelbaren technischen und wissenschaftlichen Entwicklungen noch dezentrale Entscheidungsstrukturen wie in Landtagen? Denn in der Tat: Die Globalisierungstendenzen brachten eine ungebrochene Dynamik der Weltwirtschaft. Die Umsätze der multinationalen Unternehmen übersteigen die Wirtschaftskraft von vielen kleinen Volkswirtschaften. Globale Unternehmensstrategien traten an die Stelle von nationalen Entscheidungsmustern.

Die internationalen Finanzmärkte, auf denen in Sekunden Hunderte Millionen Dollar rund um die Erde bewegt werden, lassen die Einflussmöglichkeiten der Regierungen und Parlamente schwinden. Das Schlagwort „Wissensexplosion“ beinhaltet hochkomplexe Erkenntnisse der Wissenschaft und offeriert ein neues Denken in der Welt. Was wir

nach unseren Wertmaßstäben moralisch und ethisch als nicht mehr verantwortbar empfinden, wird in anderen Ländern als machbar, manchmal sogar als notwendig betrachtet. Die moderne Kommunikations- und Computertechnologie setzt in einer globalen Vernetzung kraftvolle Initiativen frei, die den Prozess der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in atemberaubender Weise beschleunigen. Die reale Welt wird durch die technische Vielfalt einer virtuellen Welt ergänzt.

Dieser Entwicklung passen sich auch moderne Industriestaaten durch informelle Zusammenarbeit und auch durch institutionalisierte Mechanismen, verbunden mit milliardenschweren Förderungsmaßnahmen, an, um Standortvorteile für das jeweilige Land zu sichern. Die starken Länder werden davon profitieren, die schwächeren werden zurückfallen.

Der frühere amerikanische Vizepräsident Al Gore sieht ein „neues athenisches Zeitalter der Demokratie“ heraufziehen, in dem die vernetzten Individuen gewissermaßen als Weltbürger in einer „elektronischen Agora“ unmittelbar miteinander kommunizieren.

Der renommierte Politikwissenschaftler und Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel sieht die Möglichkeit der Entstehung einer „Gesellschaftswelt“ durch transnationale intergesellschaftliche, vom Staat weitgehend emanzipierte Aktivitäten. Langfristig sei die mit einer solchen Entwicklung verbundene Entdemokratisierungstendenz durch die Zusammenarbeit in der „Gesellschaftswelt“ und durch Schaffung einer globalen gesellschaftlichen Repräsentationsversammlung überwindbar. David Held dagegen sieht eine solche demokratische Repräsentationsversammlung auf der globalen Ebene als „an impossible dream“.

Die Regierungen versuchen mühsam, durch multilaterale Zusammenarbeit und durch Gründung von Staatengemeinschaften eine übergreifende Autorität aufzubauen. Je dauerhafter, umfassender und verbindlicher diese wird, desto dringender stellt sich die Frage nach der demokratischen Legitimität dieser Entscheidungsebenen. Die tragenden Prinzipien unseres Staatsbegriffs geraten ebenso in die Diskussion wie das Wertegefüge unserer Gesellschaft und die sozialstaatlichen Normen, wobei ganz zwangsläufig das Verhältnis zwischen Bürger und Staat berührt wird. Und genau an dieser Schnittstelle liegt die Stärke und damit auch ein Teil der vielfältigen Aufgaben eines Bundeslandes, das in eine bundesstaatliche Verfassung eingeflochten ist.

Ich möchte hier nur auf einen emotional wirkenden Aspekt hinweisen. Die Bürgerinnen und Bürger suchen Heimat innerhalb eines staatlichen Gebildes, das noch transparent genug ist und durch Kultur, Tradition, landesgeschichtliche Bedeutsamkeiten und Landschaft eine sinnstiftende Identifikation vermittelt, die Gemeinschaft erlebbar macht und Demokratie nachvollziehbar erscheinen lässt.

Wir Abgeordnete haben also allen Grund, unser Mandat für ein starkes und selbstbewusstes Land auch selbstbewusst und im Bewusstsein der christlichen Werte auszufüllen. Es ist uns allen ein Anliegen, die Zukunftsfähigkeit für Baden-Württemberg zu sichern und künftigen Generationen eine Vielfalt an Chancen zu belassen. Dabei geht es meiner An-

(Alterspräsident Kurz)

sicht nach um zwei Schwerpunkte, für die sich der politische Wettbewerb in diesem hohen Hause um die besten Lösungsmöglichkeiten lohnt: erstens der Zugang zu Bildung und Kultur für Jung und Alt und zweitens die Bewahrung der Schöpfung. Wir stehen in der Pflicht, gestaltend auf die Zusammenhänge der Wechselseitigkeit im Netzwerk von Mensch, Natur und Umwelt einzuwirken.

Die Vorstellungen über die Ziele und Wege einer modernen und zukunftsorientierten Landespolitik mögen in diesem Hause weit auseinander klaffen. Das Parlament lebt jedoch auch vom bedingten Streit und schöpft auch visionäre Kraft aus den leidenschaftlichen Diskussionen.

Die Mitglieder dieses hohen Hauses wurden von den Wählerinnen und Wählern abgeordnet. Zwar dem Allgemeinwohl verpflichtet, stehen sie doch zwischen einer allmächtig erscheinenden Bürokratie und den sich oft widerstrebenden Interessen der Bürgerschaft. Der Abgeordnete ist nicht Sendbote der Regierung oder einer Partei, sondern im besten Sinne Bürgeranwalt, der die Regierenden zu kontrollieren und sich den berechtigten Anliegen der Menschen anzunehmen hat.

Wir müssen aber auch akzeptieren, dass in dieser schnelllebigsten und doch so spannenden Zeit grundsätzliche Diskussionen und Debatten von einem Großteil unserer Bürger nicht mehr wahrgenommen werden. In unserer Gesellschaft herrscht eine eher pragmatische Sichtweise der Dinge. Tief bohren, wie es am Anfang unserer Republik oder in den sechziger und siebziger Jahren noch der Fall war, wollen nur noch wenige.

Vor allem die jüngeren Wähler sehen die Landespolitik als Dienstleistungsinstitut, das die Erfüllung von Wünschen und die Bearbeitung von Anliegen schnell und reibungslos zu besorgen hat. Und das heißt: Wird nicht rasch geliefert, erscheint Politik als weltfremd, bürgerfern und inkompetent, als eine Art Treibhaus mit ritualisierter Betriebsamkeit, als Kommentierung dessen, was ohnehin geschieht.

Zu unserer gemeinsamen Herausforderung als Abgeordnete gehört daher, die Balance zu halten zwischen dem Vollzug von Veränderungen nach den vorgegebenen Regeln der parlamentarischen Demokratie und der erwarteten Output-orientierung. Ich plädiere damit nicht gegen das öffentliche Ringen auch um Details. Das ist und bleibt unerlässlich, und wir werden es weiterhin erleben, aktiv wie passiv und hoffentlich in einer gedeihlichen Mischung aus Parteilichkeit und Souveränität. Aber die Demokratie verlangt ebenso, die sprichwörtliche Kirche im Dorf zu lassen, auf Übertreibungen und vordergründigen Dissens als Selbstzweck zu verzichten und bei Aufgeregtheiten und Hysterie den Boden der Sachlichkeit und den Boden der politischen Fairness nicht zu verlassen.

Eine Streitkultur, die Respekt und Achtung vor dem Andersdenkenden bezeugt, ist das Fundament unserer freiheitlichen Ordnung. Wir sollten uns öfter in Erinnerung rufen, welche politischen Grundsätze und welche Themen unbestritten sind und wie breit die gemeinsame Basis ist, aus der heraus wir mehr für unser Land zu leisten vermögen.

Für uns als Abgeordnete gilt bei alledem das, was der spanische Schriftsteller und Moralist Baltasar Gracián schon

im 17. Jahrhundert den Politikern geraten hat: „Wert haben und ihn zu zeigen vermögen, heißt zweimal Wert haben: Was nicht gesehen wird, ist, als ob es nicht da wäre.“

Da ich schon zu Beginn der letzten Wahlperiode, also schon vor fünf Jahren, zu den wenigen MdLs gehörte, die eine E-Mail-Adresse und eine Homepage anzubieten hatten,

(Oh-Rufe – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

stehe ich heute nicht nur als Alterspräsident, sondern gleichsam auch als „Online-Oldy“ oder „Online-Grufti“ oder „Online-Opa“ vor Ihnen. Dies gibt mir auch die Berechtigung, Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Internet als Medium und Handwerkszeug für mehr Bürgernähe ans Herz zu legen.

Ob das Internet unsere Demokratie und ihre Willensbildungsprozesse revolutionieren wird, wissen wir heute noch nicht, und es wird auch in diesem Zusammenhang manch schöner Traum zerplatzen. Das Internet ist jedoch zweifellos eine Plattform, um mit den flexiblen, mobilen, ungebundenen und aufgeschlossenen Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren, um Vorurteile abzubauen und die aktive Einmischung in die unterschiedlichen Interessen zu fördern, um unsere individuellen Leistungen als Abgeordnete detailliert darzustellen, sodass unsere Lichter weniger unter dem Scheffel der omnipräsenten Fraktionsvorsitzenden stehen.

Spätestens im zurückliegenden Wahlkampf ist praktisch jede und jeder von uns online gegangen. Unsere Homepages dürfen jetzt nicht zu Denkmälern veröden. Das wäre fatal für das Ansehen dieses Hauses, das wäre auch fatal für das Ansehen der Abgeordneten, nicht nur, aber insbesondere den Jüngeren gegenüber.

Wir sollten in die Pflege unserer Angebote investieren, also stets bemüht sein, den Nutzwert, das Informationsangebot und die Kontaktmöglichkeiten zu verbessern. Ich bin sicher, bei der schon jetzt gegebenen Netzdichte wird sich dies auch lohnen.

Freilich, wir wollen nicht den virtuellen Abgeordneten; das kann nicht unser Ziel sein. Unsere Arbeit wird weiterhin in der Realität und nicht im Cyberspace stattfinden. Politik lässt sich nun einmal nicht digitalisieren.

Zum Wesen der Politik gehört, dass sie sich im herkömmlichen Sinne öffentlich vollziehen muss. Nur so ist die notwendige Akzeptanz für die Willensbildung und das Treffen allgemein verbindlicher Entscheidungen zu erreichen. Das bedeutet: Die politische Berichterstattung in den Zeitungen, im Radio und im Fernsehen behält die zentrale Bedeutung.

Deshalb möchte ich die Mitglieder der Landespressekonferenz und alle sonstigen landespolitischen Berichtersteller nochmals ganz herzlich in meine Begrüßung einschließen. Sie, meine Damen und Herren, bestimmen wesentlich mit, was von unserem Tun als Abgeordnete wahrgenommen wird, und vor allen Dingen, wie es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird – zumal Sie oft besser als wir Abge-

(Alterspräsident Kurz)

ordneten überschauen, wie Informationen zustande kommen und in welchem Zusammenhang diese Informationen stehen.

Die Auswahl der Themen und die Art und Weise, wie Sie Sachverhalte darstellen, Probleme erörtern, parlamentarischen Streit und Konsens beleuchten oder Persönliches in den Blickpunkt rücken, lenken das öffentliche Interesse und beeinflussen damit auch die Wertschätzung des Parlaments, der Mitglieder des Parlaments, aber auch unseres Föderalismus insgesamt.

Das stellt hohe Anforderungen an journalistische Sachkunde, Objektivität und menschliche Fairness. Wir sind gewiss, dass Sie auch den 13. Landtag von Baden-Württemberg verantwortungsbewusst und in Übereinstimmung mit dem selbst gewählten Leitbild des Dolmetschers zwischen Parlament und Bürger begleiten werden.

Möge uns gemeinsam zweierlei gelingen: dass wichtige Kontroversen hier im Parlament und nicht nach dem Ping-Pong-Prinzip der medialen Fernsehduelle ausgetragen werden und dass sich der parlamentarische Prozess nicht in einem ungewissen „Durcheinander von Stimmen auflöst“, wie dies unser früherer Kollege Lord Ralf Dahrendorf einmal befürchtete. Und dies ist mein Wunsch an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Arbeit in der 13. Legislaturperiode.

Die Mitarbeiter des Landtags und die Mitarbeiter der Fraktionen, die sich motiviert und aufgeschlossen in diese gemeinsame Arbeit einbringen, leisten einen Gutteil an diesem Erfolg. Damit möchte ich mich auch bei dieser Gelegenheit bei denen bedanken, die hinter der Bühne wertvolle Arbeit leisten.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Konstituierung des Landtags fort.

Nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des 12. Landtags werden die Geschäfte, solange der Landtag nichts anderes beschließt, nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des vorangegangenen Landtags geführt.

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass der 13. Landtag die Geschäftsordnung des 12. Landtags in der Fassung vom 1. Juni 1989, geändert durch Beschluss vom 11. Dezember 1997, vorläufig weiter anwendet, mit einigen geringfügigen Änderungen, die sich aus Abschnitt I des Ihnen vervielfältigt vorliegenden Vorschlags ergeben (Anlage 1). Ein Text der Geschäftsordnung liegt ebenfalls auf Ihren Tischen.

Mir ist von den Fraktionen angezeigt worden, dass das in § 4 Abs. 6 geregelte Wahlverfahren bezüglich der Vizepräsidenten von der vorläufigen Übernahme der Geschäftsordnung ausgenommen werden soll, weil hierzu Anträge eingebracht werden. – Sie nehmen dies so zur Kenntnis. Die entsprechende Geschäftsordnungsdebatte soll unter Tagesordnungspunkt 3 geführt werden.

Dies bedeutet, dass jetzt bei der vorläufigen Übernahme § 4 Abs. 6 der Geschäftsordnung ausgespart werden soll.

Meine Damen und Herren, wer der vorläufigen Übernahme der Geschäftsordnung mit dieser Maßgabe und mit den in Abschnitt I des Vorschlags aufgeführten Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Haus hat der vorläufigen Übernahme der Geschäftsordnung mit den in dem Vorschlag enthaltenen Änderungen einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, im Abschnitt II des Vorschlags wird vorgeschlagen, eine interfraktionelle Kommission mit dem Auftrag einzusetzen, dem Landtag eine Empfehlung für die Geschäftsordnung des 13. Landtags vorzulegen. Darf ich feststellen, dass Sie auch dem Zweiten Abschnitt des Vorschlags zustimmen? –

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Es ist so beschlossen.

Gemäß § 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung muss zunächst die Beschlussfähigkeit des Landtags festgestellt werden. Ich bitte Frau Abg. Dr. Stolz, den Namensaufruf vom Rednerpult aus vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich bei dem Aufruf Ihres Namens kurz zu erheben und mit einem deutlichen „Hier“ zu antworten.

(Heiterkeit)

Frau Abg. Dr. Stolz, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Ist noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal, die nicht aufgerufen wurden? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Namensaufruf beendet.

Ich bitte nun, die Zahlen festzustellen.

(Abg. Fischer SPD: Alle da!)

Meine Damen und Herren, der Namensaufruf hat ergeben, dass 128 Abgeordnete und damit alle Abgeordneten anwesend sind. Der Landtag ist somit beschlussfähig.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Wahl des Präsidenten

Als Wahlkommission für die Wahl des Präsidenten und der stellvertretenden Präsidenten und Präsidentinnen berufe ich nach § 4 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags die Damen und Herren Abg. Dr. Klunzinger, Schebesta, Gustav-Adolf Haas, Berroth und Oelmayer.

Ich bitte nun um Vorschläge für die Wahl des Präsidenten. – Herr Abg. Oettinger hat das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, die Fraktion der CDU schlägt den Kollegen Peter Straub vor.

Alterspräsident Kurz: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

(Alterspräsident Kurz)

Nach § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung wird der Präsident in geheimer Wahl gewählt. Um dieser Vorschrift nachzukommen, darf ich Sie bitten, die Telefonzellen auf der von mir aus gesehen rechten Seite des Plenarsaals als Wahlkabinen zu benutzen. Ein Mitglied der Wahlkommission – Herr Abg. Schebesta, wenn Sie das bitte übernehmen würden – nimmt am Rednerpult den Namensaufruf vor, der in § 97 a der Geschäftsordnung vorgeschrieben ist. Die aufgerufenen Abgeordneten bitte ich, sich zur rechten Seite des Plenarsaals zu begeben. Sie erhalten dort von einem Mitglied der Wahlkommission einen amtlichen Stimmzettel und einen Wahlumschlag. Füllen Sie bitte den Stimmzettel in einer der Wahlkabinen aus, und werfen Sie ihn im Wahlumschlag in die hier am Rednerpult bereitstehende Wahlurne. Ein weiteres Mitglied der Wahlkommission wird in einer Namensliste festhalten, welche Abgeordneten gewählt haben.

Bitte schreiben Sie den Namen des Abgeordneten, den Sie zum Präsidenten wählen wollen, auf den Stimmzettel. Sie sind an den Wahlvorschlag nicht gebunden. Der Stimmzettel darf aber nur **e i n e n** Namen enthalten. Nicht beschriebene Stimmzettel oder solche, auf denen „Enthaltung“ vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung. Gewählt ist, auf wen mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen entfallen.

Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, ihre Stimme am Schluss abzugeben. Der Alterspräsident wird seine Stimme hier vom Platz aus abgeben.

(Heiterkeit)

– Ein Vorrecht muss der Alterspräsident ja wohl noch haben.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Wahlhandlung ein. Herr Abg. Schebesta, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist jemand im Saal, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe jetzt die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, die Stimmen auszuzählen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen, meine Herren, ich gebe das Wahlergebnis bekannt:

An der Wahl haben sich 128 Abgeordnete beteiligt.

Auf Herrn Abg. Straub entfielen 121 Stimmen.

(Anhaltender starker Beifall im ganzen Haus. – Zahlreiche Abgeordnete gratulieren dem neu gewählten Präsidenten.)

Mit Nein haben 2 Abgeordnete gestimmt.
3 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
Auf andere Namen entfielen keine Stimmen.
Ungültig waren zwei Stimmzettel.

Herr Abg. Straub hat also mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten und ist damit nach § 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung zum Präsidenten des Landtags gewählt.

Herr Abg. Straub, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Abg. Straub CDU: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Alterspräsident Kurz: Herr Präsident, ich danke Ihnen und gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses. Das ist ein großartiges Ergebnis, das auch als Ausdruck für die Anerkennung Ihrer vergangenen Arbeit gewertet werden kann. Das Haus geht mit Ihnen als Vertrauensperson sicherlich in eine gute Zukunft. Ich gratuliere auch persönlich herzlich zu dieser Wahl.

Meine Damen und Herren, damit ist meine Aufgabe als Alterspräsident erledigt. Jetzt hätte ich mich gerade so schön daran gewöhnt.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: In fünf Jahren wieder! – Abg. Drexler SPD: Sie können ja noch als Vize kandidieren!)

Aber jetzt muss ich diesen Sitz verlassen und darf den Präsidenten, Herrn Straub, bitten, die Sitzung weiter zu leiten.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Präsident Straub: Sehr verehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen zunächst sehr herzlich danken, dass Sie mich erneut zum Präsidenten des hohen Hauses gewählt haben. Vor allem danke ich Ihnen für das große Vertrauen, das Sie mir mit dieser Wahl entgegengebracht haben. Ich werde mich in den nächsten fünf Jahren bemühen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Jede Kollegin und jeder Kollege soll den Eindruck bekommen, dass ich mich für alle Abgeordneten verantwortlich fühle. In Jesaja, Kapitel 43 Vers 1, steht: „Ich werde dich bei deinem Namen rufen.“ Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich bei 47 Neuen noch nicht alle bei ihrem Namen rufen kann. Wenn Sie aber in den nächsten Plenarsitzungen so vollzählig auf Ihren Plätzen sind,

(Vereinzelt Heiterkeit)

werde ich anhand der Broschüre, die Sie gerade bekommen haben, üben, und ich versichere Ihnen, dass ich Sie alle dann sehr bald auch bei Ihrem Namen rufen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fühle mich als Präsident verpflichtet, für die Rechte der Abgeordneten einzutreten und Sie in Ihrer Arbeit mit meiner Landtagsverwaltung zu unterstützen. Als Präsident sehe ich mich als Anwalt des Parlaments, und deshalb werde ich mich in gebotener Weise für die Wahrung der Rechte des Landtags einsetzen und seine Arbeit fördern.

Der Landtag hat durch die Wahl vom 25. März ein sehr viel anderes und auch – zu seinem Vorteil – ein jüngeres Gesicht erhalten. Ich möchte an dieser Stelle alle neu und wieder gewählten Abgeordneten ganz herzlich willkommen

(Präsident Straub)

men heißen. Ich wünsche den neuen Abgeordneten, dass sie sich schnell in die parlamentarischen Aufgaben einfinden und mit neuen Ideen, neuer Kraft und Initiative die parlamentarische Arbeit bereichern.

Der Landtag hat nicht nur ein neues Gesicht erhalten. Er ist auch wesentlich kleiner geworden, und er zählt eine Fraktion weniger. Ich meine, damit hat der Wähler eine kluge Entscheidung getroffen.

(Beifall im ganzen Haus)

In der Verkleinerung des Landtags sehe ich für unsere parlamentarische Arbeit eine große Chance. Weniger Abgeordnete und weniger Fraktionen bedeuten kürzere Informationsstränge und Entscheidungsstufen. Insgesamt kann der Parlamentsbetrieb effizienter und geschmeidiger werden. Die Aufteilung der Redezeiten auf vier statt auf fünf Fraktionen gibt uns die Möglichkeit, in der Sache vertiefter zu diskutieren und Dinge anzusprechen, die bisher dem rigiden Zeitdiktat geopfert werden mussten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wähler hat gegenüber der letzten Legislaturperiode die parlamentarische Konstellation dem Grunde nach nicht verändert. Der Koalition und der sie tragenden parlamentarischen Mehrheit steht eine starke Opposition gegenüber. Dies bietet Gewähr, dass in der parlamentarischen Auseinandersetzung, wie es sich gehört, die Argumente und Gegenargumente vor den Augen der Öffentlichkeit ausgetauscht werden und am Ende des rednerischen Schlagabtauschs eine Entscheidung zustande kommt.

Denn auch in den kommenden fünf Jahren muss der Landtag seine Handlungsfähigkeit beweisen. Die Haushalts- und Finanzlage zwingt das Parlament dazu, eine sparsame Haushaltspolitik zu verfolgen, die Staatsverschuldung zurückzuführen und damit den nachfolgenden Parlamenten und Regierungen den finanziellen Spielraum zu geben, der eine Politikgestaltung wirklich zulässt.

Wir alle sollten dafür dankbar sein, dass es uns in der vergangenen Wahlperiode gelungen ist, Baden-Württemberg trotz einiger Strukturkrisen wieder auf einen Spitzenplatz zurückzuführen. Gegenwärtig ist Baden-Württemberg sowohl mit den anderen Bundesländern wie im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig. Es ist ein attraktiver Standort in Europa.

Das soll auch so bleiben. Deshalb müssen wir in der vor uns liegenden Wahlperiode alle Anstrengungen unternehmen, um dort, wo uns das bundesstaatliche System politische Gestaltungsmöglichkeiten gibt, eigene Akzente zu setzen, vor allem in der Schul- und Hochschulpolitik sowie bei der Aus- und Weiterbildung.

Damit bin ich bei einem immer wiederkehrenden Thema: Es ist der föderale Zustand unseres Gemeinwesens, der Sorgen macht. Trotz vielfältiger Bemühungen ist es den Landtagen und ihren Repräsentanten in der Landtagspräsidentenkonferenz nicht ausreichend gelungen, eine weitere Schwächung des bundesstaatlichen Systems aufzuhalten. Da die Analyse bekannt ist, will ich mich damit nicht aufhalten.

Dennoch finde ich bedenklich, dass dem Gedanken des „Wettbewerbsföderalismus“ in der Bundesrepublik Deutschland nicht die notwendige Beachtung geschenkt wird. Schuld daran ist vor allem die prekäre Finanzlage vieler Bundesländer, die am Tropf des Bundes hängen. Stehen wichtige Bundesratsentscheidungen an, gleichen die Verhandlungen am Vorabend eher Praktiken, die auf dem Basar üblich sind, als Vorberatungen in einem der wichtigsten Verfassungsorgane des Bundes.

Ungeachtet allen parteipolitischen Kalküls schadet dies dem bundesstaatlichen System. Denn dadurch werden die Länder immer abhängiger vom Bund, was sie aber nach dem Willen des Grundgesetzes gerade nicht sein sollten.

Angesichts dieser Lage ist es auch auf der Ebene der Landtagspräsidenten oft sehr schwer, einheitliche Positionen zu finden. Doch manchmal gelingt es. So haben wir im letzten Jahr eine wegweisende EntschlieÙung zur Stärkung und Weiterentwicklung des Föderalismus in Deutschland und insbesondere zur Finanzverfassung vorgelegt. Leider müssen wir feststellen, dass diese EntschlieÙung bei den Beratungen zum Länderfinanzausgleich wenig Beachtung findet.

Selbstverständlich führt auch der fortschreitende Integrations- und Erweiterungsprozess der Europäischen Union zu einem gewissen Bedeutungsverlust für die Länder und deren Landesparlamente – vor allem der Landesparlamente –, zumal in einem erweiterten Europa die föderalistisch gegliederten Mitgliedsländer noch rarer sind.

Aus diesem Grund haben die Landtagspräsidenten auf ihrer jüngsten Konferenz mit Nachdruck gefordert, dass die Landtage an dem nach Nizza neu eröffneten Diskussionsprozess über die Zukunft der Europäischen Union beteiligt werden müssen. Wenn es dabei zur Einrichtung eines Konvents zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 2004 kommt, müssen – so die Forderung der Landtagspräsidentenkonferenz – Vertreter der Landtage dazu gehört werden.

Ich meine: Alle Abgeordneten, die Fraktionsvorsitzenden auf ihren Fraktionsvorsitzendenkonferenzen, die politischen Sprecher auf ihren Fachkonferenzen, aber auch die Landtagspräsidenten auf ihren Konferenzen müssen zusammen daran arbeiten, die Stellung der Landtage zu erhalten und zu verbessern. Dieser Imperativ richtet sich auch an die designierten Mitglieder der Landesregierung, die in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit dem Parlament angehören. Vergessen Sie bitte nicht diesen Teil Ihrer Doppelrolle.

Es ist nicht nur guter Brauch und das Recht der Regierung, die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit mit den anliegenden Grenzregionen und den anderen befreundeten ausländischen Regionen zu pflegen und zu fördern. Vielmehr ist auch der Landtag aufgerufen, sich auf diesem Feld stärker zu engagieren.

Wir haben in dieser Beziehung – das kann ich aufgrund meiner Erfahrungen und Gespräche mit Kollegen anderer Landesparlamente feststellen – in den letzten fünf Jahren einiges bewegt und eine Schrittmacherrolle unter den deutschen Ländern übernommen. Wichtige Marksteine sind ge-

(Präsident Straub)

setzt worden: die Bildung des Oberrheinrates mit Gewählten aus vier Regionen und drei Nationalstaaten, die Einrichtung der Parlamentarier-Kommission Bodensee mit Vertretern aus mittlerweile zehn Bodenseeanliegerländern und -kantonen. Hinzu gekommen ist das Engagement in europäischen Einrichtungen und Organisationen, allen voran der Ausschuss der Regionen bei der Europäischen Union in Brüssel.

Gerade im Hinblick auf die oben beklagte Bedrohung des föderalen Eigenwerts der Länder halte ich die Mitarbeit im europäischen Rahmen für besonders wichtig. Wir sollen und müssen unsere internationalen Kontakte pflegen, weil wir unter den Regionen Europas die gemeinsame Überzeugung fördern müssen, dass es ein Haus Europa ohne das regionale Fundament nicht geben kann. Diese Einsicht ist umso zwingender, je größer Europa wird.

Ich bin der Landesregierung dankbar, dass sie auf dem Feld der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit bisher eng und vertrauensvoll mit dem Landtag kooperiert hat. Ich bin überzeugt, dass Landtag und Landesregierung diese Übung auch in der neuen Wahlperiode in bewährter Manier fortführen.

Die vom Wähler gewollte Verkleinerung des Landtags hat bewirkt, dass sich unsere Arbeitsbedingungen im neuen Landtag wesentlich verbessern. Schon ein Blick in den Plenarsaal genügt, um diese Aussage zu bestätigen. Es ist wieder freier und luftiger im Saal, was der Arbeit und der Würde des Hauses förderlich ist. Ich hoffe, dass wir auch die Sitzverhältnisse des Kollegen Franz Wieser noch verbessern können.

Auch bei der räumlichen Unterbringung der Abgeordneten und der Fraktionen hat sich die Lage entschieden verbessert: Wir konnten alle Abgeordnetenzimmer im Neuen Schloss aufgeben, die Abgeordneten, ohne dass es Engpässe gibt, im Haus der Abgeordneten konzentrieren und dennoch den Fraktionen mehr Räume für ihre Zwecke überlassen.

Wie die dienstälteren Abgeordneten aus Erfahrung wissen, ist unser Plenarsaal in der Sommerpause fast immer eine Baustelle. So wird es auch in diesem Sommer sein, weil notwendige Änderungen in der Möblierung vor der heutigen Sitzung nicht mehr möglich waren.

Für den nächsten Sommer stehen wieder Umbauarbeiten an. Damit sollen für das Fernsehen verbesserte Übertragungsmöglichkeiten geschaffen werden. Außerdem soll die Installation für die Übertragung der Plenardebatten in das Internet erfolgen.

Die Reduzierung auf vier Fraktionen gibt uns die Möglichkeit, die Gestaltung unserer Plenarsitzungen, vor allem am Vormittag, zu überdenken. So können wir bei einem Plenarturnus die Zahl der Aktuellen Debatten und vorgezogenen Initiativen ohne weiteres von sechs Tagesordnungspunkten auf vier Tagesordnungspunkte verkürzen. Meines Erachtens ist selbst eine weitere Verkürzung vorstellbar. Die Beratungen über die Reform der Geschäftsordnung geben uns Gelegenheit, darüber nachzudenken.

In der letzten Wahlperiode haben wir den Kommunen in wesentlichen Fragen der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen ein qualifiziertes Mitwirkungsrecht bei Gesetzgebungsberatungen eingeräumt. Nachdem sich die neue Verfahrensweise, wie ich meine, in der Landtagspraxis bewährt hat, können wir jetzt unsere Absicht umsetzen, diese Neuregelung in die Geschäftsordnung des 13. Landtags aufzunehmen.

Im nächsten Jahr wird das Land Baden-Württemberg sein 50-jähriges Jubiläum begehen. Der Landtag von Baden-Württemberg wird sich selbstverständlich an den dazugehörigen Feiern beteiligen. Die Planungen dafür laufen jetzt an. Eine Absicht steht bereits fest: Der Landtag wird im nächsten Frühjahr erstmals eine Landesausstellung des Hauses der Geschichte präsentieren. Das weitere Veranstaltungsprogramm wird selbstverständlich im Präsidium und mit den Fraktionen erörtert.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn die Plenarsitzungen des Landtags öffentlich sind und häufig im Hörfunk und im Fernsehen übertragen werden, ist das Parlament bei seinen Bürgerinnen und Bürgern doch nicht so bekannt, wie es wünschenswert wäre. Aus diesem Grund haben wir in der vergangenen Wahlperiode einen „Tag der offenen Tür“ durchgeführt, der einen großen Erfolg hatte. Über 10 000 Besucherinnen und Besucher strömten ins Haus, um die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten und der Fraktionen kennen zu lernen und sich einen eigenen Eindruck von der Infrastruktur eines Parlaments zu verschaffen. Angesichts dieses vollen Erfolgs wollen wir auch in der kommenden Wahlperiode einen „Tag der offenen Tür“ veranstalten.

Der Öffnung des Landtags nach außen haben auch die Veranstaltungsreihen gedient, die wir in der 11. und 12. Wahlperiode durchgeführt haben. Sie haben hohe Resonanz bei den Bürgern und in interessierten Kreisen erfahren.

Ich habe die Absicht, in der neuen Wahlperiode wieder eine Veranstaltungsreihe durchzuführen. Sie soll dazu beitragen, ein hochpolitisches und die Bevölkerung sehr bewegendes Thema aufzuhellen. Es geht um die Erweiterung der Europäischen Union. Ich will hierzu namhafte Repräsentanten der mittel- und osteuropäischen Staaten gewinnen, uns ihre Positionen über die Chancen und Herausforderungen der Osterweiterung, aber auch über deren Risiken darzulegen.

Es gehört zu meiner Lebenserfahrung, dass kleine, scheinbar nebensächliche Mittel häufig eine gute Wirkung entfalten. Zu dieser Sichtweise gehört, dass ich den Austausch von jungen Praktikanten aus Osteuropa für sehr wichtig halte. Aus diesem Grunde habe ich dafür Sorge getragen, dass junge Beamtinnen und Beamte aus Ungarn in diesem und im nächsten Jahr in der Landtagsverwaltung ein Praktikum ableisten können. Ich knüpfe dabei an Erfahrungen an, die wir bereits in der letzten Wahlperiode gesammelt haben. Falls sich der Austausch wieder bewährt, wird er selbstverständlich über das nächste Jahr hinaus fortgesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landtag ist die gewählte Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger. Wichtig ist, dass wir dabei vor allem die Benachteiligten in unserer

(Präsident Straub)

Gesellschaft nicht vergessen. So ist es für uns selbstverständlich, auch in der neuen Wahlperiode einen „Tag der behinderten Menschen“ zu veranstalten. Gerade die Behinderten sollen immer wieder die Möglichkeit haben, uns Politiker unmittelbar anzusprechen.

(Beifall im ganzen Haus)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt an uns, welches Urteil die Bürgerinnen und Bürger in fünf Jahren über uns abgeben werden. Wenn wir die Probleme anpacken und nicht vor uns herschieben, wenn wir zäh und ehrlich an ihrer Lösung arbeiten, wenn wir ständig im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern bleiben und Politik in deren Interesse machen, ist mir davor nicht bange.

Packen wir es also an, nehmen wir die parlamentarische Arbeit auf! In diesem Sinne bitte ich Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, daran mitzuwirken, dass der 13. Landtag von Baden-Württemberg seine Funktion zum Nutzen unseres Volkes und unseres Landes ausüben kann und die ihm zustehende Rolle als zentrales Verfassungsorgan des Landes erfüllt. Als Präsident verspreche ich, mich mit ganzer Macht und Kraft dafür einzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Wahl der stellvertretenden Präsidenten und Präsidentinnen

Meine Damen und Herren, nach § 4 Abs. 6 der Geschäftsordnung werden die stellvertretenden Präsidenten und Präsidentinnen in getrennten Wahlgängen nach demselben Verfahren wie der Präsident gewählt. Dabei steht nach parlamentarischem Gewohnheitsrecht das Vorschlagsrecht den Fraktionen in der Reihenfolge ihres Stärkeverhältnisses nach dem d'hondtschen System zu, wobei allerdings andere Vorschläge aus der Mitte des Hauses gemacht werden können.

Ich bitte nun um Vorschläge für die Wahl.

(Abg. Dr. Salomon meldet sich zur Geschäftsordnung.)

– Zur Geschäftsordnung?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja!)

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, Ihnen wünsche ich für die nächste Amtszeit, die nächsten fünf Jahre, weiterhin eine glückliche Hand, und Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen und insbesondere den neuen Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich einen guten Start, den wir am besten alle gemeinsam miteinander haben sollten.

Ihnen liegt schriftlich ein Antrag zur Wahl der Vizepräsidenten vor. Wir schlagen vor, dass, wie bereits geschehen, die stärkste Fraktion den Präsidenten stellt und dass jede weitere Fraktion – das sind in diesem Fall drei Fraktionen – einen Vizepräsidenten stellt.

Ich will Ihnen kurz begründen, warum wir das für einen demokratischen Vorschlag, für einen sinnvollen Vorschlag halten, der im Übrigen genau so in anderen Parlamenten, in anderen Landtagen und auch im Bundestag praktiziert wird. In der letzten und in der vorletzten Legislaturperiode haben wir aus gutem Grunde darüber nicht diskutiert, weil keiner von uns wollte, dass die Republikaner, die Rechtsradikalen in der Repräsentation des Hauses nach außen mit vertreten sind. Dieser Beweggrund ist weggefallen. Darüber sind wir alle froh. Jetzt steht eigentlich dem Anliegen, gemeinsam dieses Haus nach außen zu repräsentieren, nichts mehr im Wege. Da möchte ich Bezug nehmen auf die Reden des Alterspräsidenten und auch von Ihnen, Herr Präsident. Wir alle sind Volksvertreter. Wir alle sind vom Volk gewählt. Und insbesondere in der Krise des Föderalismus ist es wichtig, dass sich die Institution Landtag selber ernster nimmt. Deshalb ist es auch wichtig, dass alle Fraktionen bei der Repräsentanz des Hauses nach außen beteiligt werden. Das ist meines Erachtens keine Geschmacksfrage.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Das ist eine Frage des demokratischen Verständnisses. Wir laufen Gefahr, dass wir immer mehr zum Regierungsparlament werden, dass die Regierung ein Übergewicht hat. Es ist ja auch kein Geheimnis, dass die eigentliche Kontrolle der Regierung natürlich ganz stark auf den Schultern der Opposition lastet. Deshalb ist es, glaube ich, eine bare Selbstverständlichkeit, dass die Opposition bei der Repräsentanz des Hauses, des Landtags, nach außen angemessen beteiligt wird.

(Beifall bei den Grünen)

Soweit zur Begründung.

Jetzt wäre das ja alles, meine Damen und Herren, ganz einfach, wenn man sich darauf einigen könnte. In unserer Geschäftsordnung steht geschrieben, dass sich in parlamentarischen Angelegenheiten das Präsidium in der Form der Verständigung entscheidet. Das ist nicht geschehen. Stattdessen ist ein Sündenfall geschehen. Die FDP/DVP-Fraktion hat in ihrer Not, weil sie in den Koalitionsverhandlungen nicht richtig vorankam,

(Abg. Drexler SPD: Erpressung!)

Staatssekretärposten, die die CDU gerne gehabt hätte, gegen das Amt eines Vizepräsidenten verhandelt.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Herr Kollege Pfister, die Absicht, dass jede Fraktion bei den Vizepräsidenten vertreten ist, verstehe ich wohl. Aber das Mittel, so etwas in Koalitionsverhandlungen zu verhandeln, ist, denke ich, ein Sündenfall. Es ist die ureigenste Angelegenheit

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dabei bleibt es auch!)

(Dr. Salomon)

des Parlaments, des Landtags, des Präsidiums in diesem Fall, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen. Dadurch aber, dass Sie das zum Gegenstand von Koalitionsverhandlungen gemacht haben, ist das Kind in den Brunnen gefallen. Das Ergebnis ist, dass sich die CDU erpresst fühlt und eigentlich gar nichts machen will,

(Lachen bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Wieso?)

dass Sie insofern einen Kuhhandel zulasten Dritter geschlossen haben, als wir – so, wie Sie argumentieren – abhängig sind vom Votum der SPD, dass sich die SPD von Ihnen genötigt fühlt und eine vernünftige Debatte darüber nicht mehr möglich war.

Als dritter Punkt kam hinzu, dass immer das Gespenst – – Der Herr Präsident hat ausdrücklich gesagt: Es gibt ein Gewohnheitsrecht, nach dem man diese Stellvertreterposten nach dem d'hondtschen Verfahren vergibt. Sie haben so getan, als wäre das Gesetz, als stünde das irgendwo geschrieben. Das ist nicht so. Sie wissen selber, Herr Pfister: Wenn es nach dem d'hondtschen Verfahren ginge, was bei der Wahl von Präsidenten und Vizepräsidenten absurd ist, dann erhielten Sie den elften Stellvertreterposten und wir den zwölften. Das kann es doch nicht sein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Eben deshalb! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Also, da machen wir es so!)

Deshalb steht auch in der Geschäftsordnung drin, dass man solche Fragen im Präsidium im Kommentar, im Konsens regelt.

Zum Amt selber, meine Damen und Herren: Es ist viel gesagt und viel geschrieben worden. Vieles, muss ich sagen, tut mir als Parlamentarier weh, weil ich glaube, dass sowohl das Amt des Präsidenten als auch das des Vizepräsidenten mittlerweile ein Stück weit beschädigt worden ist. Es ist nur über die Kosten diskutiert worden,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Von Ihnen!)

nur über die Frage, ob jeder Vizepräsident einen Dienstwagen kriegt, ob er eine Sekretärin kriegt. Das ist absurd. Gerade in der Krise des Föderalismus kann es nicht sein – da haben Sie völlig Recht, Herr Präsident –, dass wir uns als Institution so klein machen, dass es hier nur um die Kosten geht.

(Abg. Hauk CDU: Sie beklagen die Diskussion! – Abg. Pfister FDP/DVP: Wer führt sie denn?)

Ich will sagen: Die Kosten sind nicht der letzte Faktor, aber es stand nie im Raum, dass man die Ausstattung von Vizepräsidenten nicht anders gestalten kann, was die Dienstwagen angeht, was die Sekretärinnen angeht. Ich finde das geradezu kleinkariert, aber das hat die Debatte bestimmt.

Was das Amt eigentlich soll, hat der Präsident hier ausgeführt. Wir haben die Krise des Föderalismus.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Wir sollten eigentlich eine Parlamentsreform machen. Wir sollten uns Fragen der Verfassung und des verfassungs-

rechtlichen Zustands unseres Landes überlegen. Das ist die Aufgabe des Präsidenten und seiner Stellvertreter.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einverstanden!)

So etwas macht man am besten gemeinsam, fraktionenübergreifend, parteienübergreifend. Es kann doch nicht sein, dass – was wir alle wünschen – Europa zusammenwächst, dass die Integration vorankommt, dass im Bundestag schon geklagt wird: „Wo bleiben die Kompetenzen?“ – – Wir geraten hier im Landtag immer stärker unter Legitimationsdruck. Je kleiner wir uns machen, je weniger wir uns selber als Parlamentarier verstehen, desto größer ist das Problem, das wir damit haben.

Ich komme zum letzten Punkt, meine Damen und Herren. Bei der Art, wie das in den letzten Wochen lief, ist viel von „Postenschacher“ gesprochen worden. Es hat dann geheißen: „Jetzt wollen sich die Grünen auch noch an dem Postenschacher beteiligen.“ Ich kann nur sagen: Wir erheben den Anspruch auf das Amt eines Vizepräsidenten aufgrund unseres parlamentarischen, aufgrund unseres Demokratieverständnisses.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einverstanden!)

Ich stehe, wenn Sie so wollen, sozusagen nackt vor Ihnen.

(Heiterkeit bei der CDU, der SPD, der FDP/DVP und den Grünen)

Ich habe nichts zu verhandeln. Ich habe Ihnen auch nichts anzubieten. Ich habe Ihnen nichts zu geben. Ich muss auf die Kraft der Argumente vertrauen. Ich muss an Ihr Demokratieverständnis appellieren, dass Sie es einfach verstehen, dass wir auch ein Recht darauf haben. Ich stehe hier nicht als jemand, der Almosen erbittet, sondern ich stehe hier erhobenen Hauptes und fordere Sie einfach auf: Denken Sie noch einmal darüber nach.

Wir haben einen Kandidaten, mit dem wir ins Rennen gehen werden. Es ist mein Kollege Winfried Kretschmann. Ich glaube, ich kann mit Fug und Recht sagen, dass die Qualitäten von Winfried Kretschmann hier in diesem Hause, was genau die Fragen angeht, die ein Landtagsvizepräsident regeln sollte, unbestritten sind und dass unbestritten ist, dass er sich wie ganz, ganz wenige hier in diesem Hause genau zu diesen Fragen nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundesweit einen Namen gemacht hat. Ich weiß ferner, dass Winfried Kretschmann durch und durch ein Parlamentarier ist. Ich weiß, dass Winfried Kretschmann in allen Fraktionen des Hauses – bei der CDU, bei der SPD und auch bei der FDP/DVP – höchste Anerkennung genießt. Ich kann deshalb nur als Appell sagen,

(Abg. Alfred Haas CDU: An den Herrn Drexler!)

insbesondere als Appell an die Kollegen Oettinger und Drexler:

(Abg. Alfred Haas CDU: Drexler vor allen Dingen!)

Denken Sie noch einmal darüber nach. Heben Sie den Fraktionszwang auf. Lassen Sie doch Ihre Kolleginnen und

(Dr. Salomon)

Kollegen über die Person Winfried Kretschmann entscheiden.

(Abg. Fleischer CDU: So gut ist er auch nicht!)

Ich will deutlich machen: Sie tun damit nicht den Grünen einen Gefallen und mir persönlich schon gar nicht. Darum geht es nicht. Es geht um die Repräsentanz des Hauses nach außen. Deshalb möchte ich Ihnen förmlich zurufen: „Geben Sie Wahlfreiheit!“

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hätten diese Debatte heute sicherlich nicht, wenn nicht in den Koalitionsverhandlungen – Herr Pfister, Herr Oettinger – vereinbart worden wäre, dass die FDP/DVP nun den Posten eines weiteren Vizepräsidenten bekommen soll. Das halten auch wir für schädlich. Der gesamte Vorgang schädigt das Parlament.

Wer eine Parlamentsreform hätte vereinbaren wollen, durchaus in Richtung der Frage, die Herr Kollege Salomon angeschnitten hat, der hätte sich nach der heutigen Konstituierung zuerst für die Bildung einer Kommission einsetzen müssen, die folgende Fragen beraten soll: Wie machen wir es mit Aktuellen Debatten? Sind die Debatten in den Ausschüssen eigentlich noch richtig? Wie kann man das Parlament beleben? Ist es wichtig, dass die Vizepräsidenten ein selbstständiges Aufgabengebiet haben? Wir bejahen eigentlich die letzte Frage; denn wir hatten bisher nur Verhinderungsstellvertreter.

(Abg. Herrmann CDU: Das reicht auch!)

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Salomon. Ich weiß überhaupt nicht, was der dritte oder vierte Stellvertreter tun sollten. Was sollen die tun? Bisher haben wir hier das Prinzip des Verhinderungsstellvertreters. Das heißt, wenn Herr Präsident Straub verhindert ist, dann kommt der erste Stellvertreter. Und wenn –

(Abg. Wieser CDU: Den gibts doch gar nicht!)

– Was?

(Abg. Wieser CDU: Es gibt keinen ersten, es gibt nur Vizepräsidenten!)

– Gut, in der Reihenfolge halt. Kollege Wieser weist mich darauf hin – – Aber Sie wollen ja noch einen dritten und vierten. Wir sind also der Auffassung, wir sollten es bei einem Präsidenten und zwei Stellvertretern belassen.

Wenn wir dann darüber übereinstimmen, dass wir zu einer Parlamentsreform kommen sollten, müssen wir uns überlegen, was wir dann machen. Das kann am Ende eines Prozesses stehen, aber nicht am Anfang.

Ich sage es noch einmal: Der Präsident macht seine Arbeit. Kann er nicht, kommt der erste Stellvertreter, der gleichberechtigt mit dem zweiten Stellvertreter bzw. der Stellvertreterin ist. Dann kommt der zweite Stellvertreter bzw. die

Stellvertreterin. Wir wissen, dass der zweite Stellvertreter bisher nicht sehr viel von diesen Terminen wahrnehmen musste, die der Präsident und der erste Stellvertreter nicht wahrnehmen konnten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, kann dann ein Parlament sagen: „Jetzt verdoppeln wir die Zahl der Stellvertreterpositionen“? Das ist doch ein unmöglicher Vorgang!

(Abg. Bebbler SPD: Ohne Funktion!)

– Ohne Funktion!

(Beifall bei der SPD)

Herr Salomon, die Frage ist doch: Wenn die nichts zu tun haben, warum soll dann ein Parlament – angesichts der Sparsamkeitsdebatte – noch für zwei Vizepräsidenten jeweils 200 000 DM drauflegen?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was, was, was?)

Das ist doch unmöglich, das ist doch überhaupt nicht vermittelbar.

Wir bitten alle, die das bisherige System für gut befunden haben, bei der Abstimmung nachher auch für das bisherige System zu plädieren und entsprechend abzustimmen. Wir stellen den Antrag, einen Präsidenten und zwei Stellvertreter zu wählen. Das hat bisher ausgereicht. Bekommen wir eine Parlamentsreform mit all dem, was man da andiskutieren kann, dann kann man am Ende dieser Parlamentsreform sagen: So, jetzt bilden wir auch ein anderes Präsidium.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir werden in den nächsten fünf Jahren wieder Stellenstreichungen vereinbaren müssen – so, wie es aussieht. Der Finanzminister hat schon darauf hingewiesen. Dann werden wir der eigenen Verwaltung, der Landesverwaltung, zumuten, mehr Arbeit zu machen und die Arbeit anders zu organisieren. Aber jetzt, am Anfang der Legislaturperiode, schaffen wir zwei weitere Posten, die überhaupt keine Aufgabenbeschreibung haben, wobei wir nicht wissen, was da getan werden soll. Herr Salomon, Herr Oettinger und Herr Pfister in allen Ehren – Sie wollen ja noch zwei weitere –: Das kann man in der Öffentlichkeit eigentlich nicht vermitteln.

(Beifall bei der SPD)

Herr Pfister, ob das Erpressung war oder nicht – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ach, jetzt hören Sie mal auf!)

– Es ist ja egal, wir haben da gewisse Geschichten gehört, wie Sie das erreicht haben: „tränenreich an der Türe gestanden“ und so.

(Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Nehmen Sie Schauspielunterricht? Schauspielprüfung?)

– Ich berichte ja nur das, was ich gehört habe.

Eines ist klar: Herr Goll, Ihr Verhandlungsführer bei den Koalitionsverhandlungen, hat auf die Frage von Presseleu-

(Drexler)

ten, warum denn die FDP/DVP beim Wahlrecht nicht hart geblieben sei, formuliert, die kleine FDP/DVP könne doch die große CDU nicht erpressen. Ich stelle fest, dass Sie das bei der wichtigen Frage des Wahlrechts nicht gemacht haben; aber bei einer kropfunötigen weiteren Repräsentationsstelle, die uns viel Geld kostet, da haben Sie es gemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das ist des Parlaments unwürdig, und deshalb lehnen wir das ab. Wir bitten Sie, für unseren Vorschlag – ein Präsident und zwei Stellvertreter – zu stimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Eingangs will ich den Kollegen Drexler, Pfister und Salomon Respekt und Dank dafür aussprechen, dass die Vorbereitung dieses Tagesordnungspunkts in den letzten Tagen in gegenseitiger Offenheit, Fairness und ohne Strategien gelaufen ist.

Mit derselben Offenheit will auch ich begründen, wofür die CDU-Fraktion heute eintreten wird. Wir treten dafür ein, dass der Landtag bis zu vier stellvertretende Präsidenten oder Präsidentinnen wählen soll. Dies kann man mit zwei, mit drei oder vier stellvertretenden Präsidenten organisieren. Es gibt in Deutschland unterschiedliche Strukturen, und jede hat Argumente für sich oder auch gegen sich. In Niedersachsen gibt es vier stellvertretende Präsidenten – dort regiert die SPD und hat das mit beschlossen –, in Nordrhein-Westfalen haben wir drei, in Rheinland-Pfalz hatten wir zwei, und seit 18. Mai 2001 haben wir dort vier stellvertretende Präsidenten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Hoppla!)

Es gibt Länder, die wenden das d'hondtsche Verfahren an, und andere haben eine andere Struktur. Deswegen meine Bitte: Unterlassen Sie dieses überhöhte Pathos, das hier „in Nacktheit“ hereingetragen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit)

Dass Europa zusammenwächst, wissen wir auch. Dass es hier um Wahlfreiheit gehen soll – alles in Ordnung. Das können Sie Ihren Grünen erzählen. Bei uns überzeugen Sie damit relativ wenig bis gar nicht, sondern wir sind davon überzeugt, dass die Zusammensetzung dieses Landtags von Baden-Württemberg dem Willen des Volkes entspricht. Dieses Volk hat nun einmal entschieden: 7,9 %, 8,1 % – 45 Abgeordnete hier und 63 Abgeordnete für uns. Das ist Ihr Problem.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Kopfschütteln des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wenn man nach allem, was man unter repräsentativer Demokratie verstehen kann, relativ weit hinten ist – nicht in

der Regierung, im Parlament zwar dabei, aber gerade eben so –, wenn es dann um zwei, drei oder vier Vizepräsidenten geht und der Wählerwille sich wiederfinden soll, dabei nicht zwingend – nach d'Hondt gleich gar nicht – nach Hare/Niemeyer – dann hätte es auch der FDP/DVP nicht erreicht –,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Darum geht es gar nicht!)

sondern im Grunde genommen als Abgeordnete, sollte man – darum möchte ich einfach bitten – auch unserem Vorschlag etwas Respekt entgegenbringen. Es ist nicht der allein selig machende, nicht der zwingende, aber er entspricht durchaus demokratischer Gepflogenheit.

Die CDU-Fraktion hat sich im Zuge der parlamentarischen Konstituierung in Vorberatungen mit den Freien Demokraten darauf geeinigt, dass in die Wahlhandlung mit der Wahl von bis zu vier Stellvertretern eingetreten wird.

Um hier einer Legendenbildung vorzubeugen, die auch heute ins Parlament hereingetragen worden ist,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

die aber einfach nicht stimmt: Die Regierungsbildung und die parlamentarische Konstituierung waren und bleiben bei CDU und FDP/DVP zweierlei, waren und bleiben getrennt.

(Abg. Dr. Noll und Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Die Kollegen Dr. Goll, Dr. Döring und Pfister haben mit dem Ministerpräsidenten, mit unserem Generalsekretär und meiner Person über fünf Tage hinweg über die Koalitionsvereinbarung, über unser Sachprogramm verhandelt, auch verhandelt über die Regierungsstruktur. Aber in all diesen Verhandlungen hat die konstituierende Landtagssitzung wirklich keine Rolle gespielt. Vielmehr haben wir, nachdem die Koalitionsvereinbarung getroffen war, im Zuge verschiedener Fragen, die dieses Haus betreffen – Größe der Ausschüsse und des Präsidiums, Ausschussvorsitze an welche Fraktion? –, beraten und dabei einem Anliegen der FDP/DVP nachgegeben, das wir nicht als zwingend empfinden, das wir aber akzeptieren, so wie es jetzt heute von uns mit getragen und vorgeschlagen wird.

Übrigens, Herr Kollege Salomon: In diesem Zusammenhang haben wir auch beraten, dass es gut ist – abweichend vom Wählerwillen, abweichend von d'Hondt –, dass im Präsidium jede Fraktion durch zwei Abgeordnete vertreten ist. Deswegen wählen wir nachher einen zweiten Kollegen der FDP/DVP und auch zwei Kollegen der Grünen in das 18-köpfige Präsidium hinein, weil dort die Mitwirkung einer jeden Fraktion durch zwei Köpfe dem Parlamentsablauf mit Sicherheit dienlich ist.

Die Qualitäten des Kollegen Kretschmann sind unstrittig. Dass dessen Charakter, dessen Intellekt, dessen Erfahrung, dessen Grundwerte ihn zu jedem Amt im Landtag befähigen, ist keine Frage. Wenn wir die von Ihnen begehrte Struktur nicht akzeptieren, hat dies mit dem Kollegen Kretschmann überhaupt nichts zu tun. Mir fielen in meiner Fraktion Dutzende ein, die ebenfalls von Charakter und Intellekt her für jedes Amt, auch für das Amt eines Präsidenten-

(Oettinger)

ten, befähigt sind. Aber leider gibt es dieses Amt nur einmal, und der Präsident ist schon gewählt.

(Heiterkeit – Abg. Fleischer CDU: Sehr schön!
Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Kollege Kurz
auch!)

Jetzt ein letzter Punkt. Das d'hondtsche Verfahren ist ja nicht nur ein Vorteil für die stärkste Fraktion.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Eine schwere Bürde!)

Das d'hondtsche Verfahren ist auch eine Garantie für Gerechtigkeit. Denn, Kollege Salomon, wenn dieses Verfahren jetzt nicht gälte, hätten wir das Recht und die Möglichkeit, einen Vorschlag aus der Mitte des Landtags von Baden-Württemberg zu machen – trotz des oder gegen den Kollegen Birzele. Dies wollen wir nicht. Im Landtag von Baden-Württemberg war es eine gute Gepflogenheit, dass erstens das d'hondtsche Verfahren gilt, zweitens nicht Mehrheit in allem obsiegt und drittens der Präsident in die Zahl und die Verteilung der Vizepräsidenten eingerechnet wird.

Genau dies haben die Kollegen der SPD in Rheinland-Pfalz, lieber Herr Kollege Drexler, am 18. Mai nicht getan. Am 18. Mai hat die stärkste Fraktion in Mainz den Präsidenten gestellt, und danach hat man nach der Fraktionsstärke den ersten Vizepräsidenten erneut der SPD und erst den zweiten der CDU gegeben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Davon weichen wir bewusst und entsprechend einer guten parlamentarischen Gewohnheit Baden-Württembergs ab und wählen deswegen nachher – die einen aus großer Überzeugung, die anderen zähneknirschend – alle den Kollegen Birzele mit.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Oettinger hat schon auf das Beispiel Rheinland-Pfalz hingewiesen. Tatsache ist, Herr Kollege Drexler, dass dort maßgeblich auf Initiative der SPD-Fraktion in Rheinland-Pfalz eine Regelung gefunden worden ist,

(Zuruf von der SPD: Wir sind hier in Baden-Württemberg! – Abg. Drexler SPD: Ich bin doch nicht in Rheinland-Pfalz!)

bei der allen Fraktionen ein Vizepräsident zugestanden worden ist. Ich frage Sie in diesem Zusammenhang jetzt nur, Herr Kollege Drexler: Warum soll das, was in Rheinland-Pfalz richtig ist und auf Betreiben der SPD gemacht worden ist, in Baden-Württemberg falsch sein?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe hier ein anderes Demokratieverständnis als Sie; das sage ich ganz offen. Nach Ihrem Vorschlag soll es bei dem Status quo bleiben.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Ich bin der Meinung, dieses Parlament besteht nicht nur aus CDU und nicht nur aus SPD.

(Abg. Drexler SPD: Das merken Sie jetzt nach 40 Jahren zum ersten Mal!)

Nirgendwo steht geschrieben, dass die Repräsentanz eines Parlaments nur den großen Fraktionen vorbehalten sein soll. Das steht nirgendwo geschrieben.

(Zuruf von der SPD: Aber das Gegenteil auch nicht!)

Deshalb komme ich zu dem Ergebnis: Im Sinne einer Repräsentanz des gesamten Parlaments – ich sage noch einmal: des Parlaments in seiner Gänze –

(Abg. Drexler SPD: Dann müssen Sie eine Reform machen!)

schlage ich vor, dass wir in dieser Legislaturperiode eine Regelung finden, wonach bis zu vier Fraktionen die Möglichkeit gegeben wird, einen Vizepräsidenten zu stellen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das ist unser Vorschlag.

Hier wurde die Frage gestellt: Worin bestehen die Aufgaben dieser Vizepräsidenten?

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Zurufe von der SPD: Jetzt!)

Ich würde es gerade umgekehrt machen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Der Vizepräsident schafft sich seine Aufgaben!)

Der Herr Präsident hat zu Recht davon gesprochen, dass wir alle als Abgeordnete die Aufgabe haben, für das Parlament, für den Parlamentarismus draußen zu werben, vor allen Dingen auch für eine Neudefinition des Föderalismus. Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, dies ist natürlich in erster Linie eine Aufgabe des Parlaments und aller Abgeordneten, aber dies kann in der Zukunft eine hervorragende Aufgabe auch des Präsidenten und der Vizepräsidenten sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Wer soll das denn machen?)

Ein Drittes und Letztes kommt hinzu: Herr Kollege Drexler, es war wirklich eine gute Entscheidung des Wählers – auch darauf hat der Herr Präsident hingewiesen –, dass bei der letzten Landtagswahl am 25. März die Republikaner nicht mehr in den Landtag gewählt worden sind.

(Abg. Drexler SPD: Und prompt passiert es!)

Meine Damen und Herren, in der letzten Legislaturperiode wäre natürlich niemand auf die Idee gekommen, einen

(Pfister)

Vorschlag „einen Vizepräsidenten für alle Fraktionen“ zu machen.

(Abg. Drexler SPD: Warum?)

– Weil die Republikaner im Hause waren, Herr Drexler. Aber nachdem die Republikaner jetzt glücklicherweise nicht mehr im Hause sind, haben wir eine exzellente Ausgangslage dafür, dass in der Zukunft alle Fraktionen einen Präsidenten bzw. Vizepräsidenten erhalten können.

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine ganz gefährliche Argumentation!)

Meine Damen und Herren, mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein.

(Zuruf von der SPD: Aber fast!)

Es ist darauf hingewiesen worden, dass – übrigens auch auf Betreiben der SPD-Fraktion – im Deutschen Bundestag in der letzten Legislaturperiode dafür gesorgt worden ist, dass alle Fraktionen nunmehr einen Vizepräsidenten stellen.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Das ist im Deutschen Bundestag geschehen. Es gibt andere Bundesländer – Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind erwähnt worden –, in denen das auch so gemacht wird.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Die haben auch aufgegeben!)

Aber ich sage Ihnen: Wir können diese Regelung, die der Kollege Oettinger und ich, die die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion Ihnen hier vorschlagen, natürlich machen, also bis zu vier Vizepräsidenten wählen, ohne dass die Geschäftsordnung geändert wird. Das ist möglich – darauf ist bereits hingewiesen worden –, allerdings nur, wenn die Spielregeln eingehalten werden, unter der Voraussetzung, dass die großen Fraktionen CDU und SPD an die kleinen Fraktionen entsprechend abtreten. Das ist die Voraussetzung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Das ist Demokratie!)

Diesen Vorschlag machen wir. Herr Drexler, wir können Sie dazu nicht zwingen. Das ist schon klar. Grundgesetz, Landesverfassung und Geschäftsordnung besagen eindeutig, dass wir Sie dazu nicht zwingen können. Aber lassen Sie mich doch in allem Ernst eines dazu sagen: Wenn Sie auf diesen Vorschlag nicht eingehen, Herr Kollege Drexler, dann tragen Sie natürlich die alleinige Verantwortung dafür, dass das Ziel „einen Vizepräsidenten für alle“ nicht erreicht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Dann tragen Sie die alleinige Verantwortung dafür.

(Abg. Drexler SPD: Sie geben doch gar keinen ab!)

Ich würde mich niemals getrauen, das zu sagen, was heute Morgen in einem Rundfunkinterview ein neuer Grünenabgeordneter gesagt hat,

(Abg. Drexler SPD: Was hat er gesagt?)

der Sie der Heuchelei in dieser Frage bezichtigt hat.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Doch! – Abg. Wieser CDU: Unglaublich!)

Das würde ich mich niemals getrauen, Herr Kollege Drexler. Aber dass die Verantwortung bei Ihnen liegt, wenn wir dieses Ziel einer breiteren Repräsentanz für alle Fraktionen nicht erreichen,

(Abg. Drexler SPD: Sie machen eine Doppelrepräsentanz!)

und dass der schwarze Peter dann rot ist, das sollte man bei dieser Gelegenheit deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie haben einen roten Kopf bei Ihrer Rede bekommen, aber sonst nichts!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung vor.

Wir treten daher in die Abstimmung ein. Es liegen zwei Anträge vor. Ich bin der Auffassung, dass der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3, der weiter gehende ist, und werde daher zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Ich wollte nur sagen: Herr Pfister kann ja jetzt den Grünen zustimmen, denn das ist ja ihr Antrag.

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Salomon, ich gehe davon aus, dass wir über den Antrag insgesamt abstimmen können. – Dann lasse ich über diesen Antrag der Fraktion GRÜNE abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag des Kollegen Drexler abstimmen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Status quo!)

nur zwei Vizepräsidenten zu wählen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle jetzt mit Zustimmung des Hauses fest, dass die Bestimmung des § 4 Abs. 6 nun ebenfalls zur vorläufigen Geschäftsordnung gehört. Diesen Absatz haben wir ja vorher ausgeklammert. Er muss jetzt wieder mit einbezogen werden, sodass wir jetzt nach dieser Bestimmung die Wahl der Vizepräsidenten vornehmen.

Ich bitte nun um Vorschläge für die Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten.

Bitte schön, Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Die SPD-Fraktion schlägt für diese Position Herrn Abg. Frieder Birzele vor.

Präsident Straub: Sie haben den Vorschlag gehört. Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Dann treten wir in die Wahlhandlung ein. Es gilt das Gleiche wie zuvor: Namensaufruf, Abholung der Stimmzettel, Abstimmung in der Wahlkabine und Einwurf des Stimmzettels in die Wahlurne.

Ich darf Herrn Abg. Schebesta bitten, wiederum den Namensaufruf vorzunehmen.

(Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der abzustimmen wünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Ergebnis festzustellen. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:15 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:23 Uhr)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich gebe das Ergebnis der Wahl des Vizepräsidenten bekannt:

An der Wahl haben sich 127 Abgeordnete beteiligt.

Auf Herrn Abg. Frieder Birzele entfielen 108 Stimmen.
Mit Nein haben 14 Abgeordnete gestimmt.
4 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
Ungültig war ein Stimmzettel.

Damit ist Herr Abg. Frieder Birzele mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen gewählt.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Ich frage Sie, Herr Abg. Birzele, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Birzele SPD: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Straub: Vielen Dank. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg für Ihre Arbeit.

(Zahlreiche Abgeordnete gratulieren stellv. Präsident Birzele zur Wahl.)

Wir kommen dann zur Wahl eines weiteren stellvertretenden Präsidenten bzw. einer weiteren stellvertretenden Präsidentin. Ich darf um Vorschläge bitten. – Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, die Fraktion der CDU schlägt Kollegin Christa Voss schul te vor.

Präsident Straub: Vielen Dank. Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Dann treten wir in die Wahlhandlung ein. Sie kennen den Wahlvorgang. Ich darf wiederum Herrn Abg. Schebesta bitten, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal, die abzustimmen wünschen? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Wahlhandlung ab und darf die Wahlkommission bitten, das Ergebnis festzustellen. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:39 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:54 Uhr)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl einer Vizepräsidentin bekannt:

An der Wahl haben sich 128 Abgeordnete beteiligt.

Auf Frau Abg. Voss schul te entfielen 96 Stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit Nein haben 23 Abgeordnete gestimmt.

9 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Damit ist Frau Abg. Voss schul te mit mehr als der Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen zur Zweiten stellvertretenden Präsidentin gewählt.

Ich frage Sie, Frau Abg. Voss schul te, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Christa Voss schul te CDU: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Straub: Ich danke Ihnen und beglückwünsche Sie sehr herzlich.

(Abgeordnete gratulieren stellv. Präsidentin Christa Voss schul te zur Wahl.)

Meine Damen und Herren, wir treten nun in den Wahlgang für eine weitere Vizepräsidentin oder einen weiteren Vizepräsidenten ein. Ich wende mich hier wieder der SPD-Fraktion zu und erteile das Wort Herrn Abg. Drexler. – Meine Damen und Herren, vielleicht kann die Gratulationscour beim anschließenden Empfang stattfinden, damit wir die Sitzung beenden können. – Bitte schön, Herr Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben vorhin noch einmal beraten. In der gesamten Debatte, Herr Pfister und Herr Oettinger, gab es kein einziges Argument, warum wir einen dritten und einen vierten Stellvertreter bräuchten. Wir haben keine Aufgabenbeschreibung. Wir sind der Meinung: Jeder Wahlkreis in ganz Baden-Württemberg hat einen oder mehrere Abgeordnete. Von der Repräsentanz und dem Auftreten dieser Abgeordneten lebt das Parlament, und dadurch wird das Parlament repräsentiert und nicht durch einen oder zwei weitere Vizepräsidenten.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem wir nach wie vor nicht erkennen können, was ein dritter und ein vierter Vizepräsident machen, sehen wir kei-

(Drexler)

ne Veranlassung – ich muss das einmal so sagen –, dass man diese Positionen, ob mit Rot, Grün, Schwarz oder Gelb, besetzt. Deswegen – ich weiß, dass das jetzt für Sie etwas ganz Neues ist – werden wir diese Position nicht besetzen. Wir schlagen keine Person vor, weder eine Frau noch einen Mann, obwohl auch wir, Herr Oettinger, ein Dutzend oder mehr

(Zuruf von der SPD: Mehrere Dutzend! – Abg. Pfister FDP/DVP: Drei Dutzend! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Lachen bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP/DVP)

– sicherlich mehrere Dutzend – qualifizierte Personen haben.

Sicherlich ist es ein Novum, dass eine Fraktion auf eine solche Position verzichtet. Wir machen das aber ganz bewusst, auch im Hinblick darauf, dass die Bevölkerung erkennt, dass es auch Politiker gibt, die auf der einen Seite gegen eine solche Position sind, sie aber nicht auf der anderen Seite, wenn sie ihnen dann zufällt, ohne Skrupel besetzen. Wir machen das nicht. Deswegen verzichtet die SPD-Fraktion auf die Besetzung dieser Position.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und verehrte Kollegen! Wir respektieren die Haltung der SPD. Wir hätten den Sozialdemokraten aufgrund des demokratischen Brauchs, das d'hondtsche Verfahren hier beim Vorschlagsrecht anzuwenden, ein Vorschlagsrecht zuerkannt. Wir respektieren, dass sie es ausüben, indem sie davon keinen Gebrauch machen. Demgemäß schlagen wir als CDU für die Wahl eines weiteren stellvertretenden Präsidenten die Kollegin Fauser, eine Abgeordnete der FDP/DVP, vor.

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr guter Vorschlag!)

Präsident Straub: Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Dann treten wir in die Wahlhandlung ein. Ich darf wiederum Herrn Abg. Schebesta bitten, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal, die abzustimmen wünschen? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Wahlhandlung und darf die Wahlkommission bitten, das Ergebnis festzustellen. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:09 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:18 Uhr)

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl einer weiteren Vizepräsidentin bekannt:

An der Wahl haben sich 128 Abgeordnete beteiligt.

Auf Frau Abg. Fauser entfielen 60 Stimmen.
Mit Nein haben 60 Abgeordnete gestimmt.
7 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
Ein Stimmzettel war ungültig.

Damit hat Frau Fauser bei dieser Wahl nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Welche Anträge werden gestellt? –

(Abg. Nagel SPD: Keine! – Abg. Drexler SPD: Keine mehr! Wir hören jetzt auf!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, ich beantrage, in einen weiteren Wahlgang einzutreten.

Präsident Straub: Es ist beantragt, in einen weiteren Wahlgang einzutreten. Darüber brauche ich nicht abstimmen zu lassen, wenn sich kein Widerspruch erhebt. – Bitte schön, Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, wir widersprechen. Ich glaube, nach dieser Nichtwahl wird es langsam Zeit, dass sich das Parlament überlegt, was es eigentlich will. Ich glaube, das Eins-plus-zwei-Modell ist richtig. Das hat jetzt diese Wahl gezeigt. Wir sind deswegen gegen weitere Wahlgänge.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Da dem Antrag des Herrn Abg. Oettinger, in einen weiteren Wahlgang einzutreten, widersprochen wurde, muss ich darüber abstimmen lassen. Wer für einen weiteren Wahlgang ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen worden.

Wir treten daher in einen weiteren Wahlgang ein. Ich bitte um Vorschläge. – Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ich schlage den Kollegen Winfried Kretschmann vor.

Präsident Straub: Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Ich schlage erneut die Kollegin Fauser vor.

Präsident Straub: Es sind Frau Abg. Fauser und Herr Abg. Kretschmann vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Dann treten wir in den Wahlgang ein.

Ich darf die Wahlkommission wiederum bitten, tätig zu werden. Herrn Abg. Schebesta bitte ich, den Namensaufruf vorzunehmen.

Ich darf darauf hinweisen, dass Sie den Namen von Frau Fauser, von Herrn Kretschmann oder den einer dritten Person auf den Stimmzettel schreiben können.

(Wahlhandlung)

(Präsident Straub)

Meine Damen und Herren, ist noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal, die abzustimmen wünschen? –

(Abg. Bebber SPD: Wenn das so ist, stimme ich noch einmal ab!)

Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Ergebnis festzustellen. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:32 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:41 Uhr)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt:

An der Wahl haben sich 128 Abgeordnete beteiligt.

Auf Frau Abg. Fauser entfielen 67 Stimmen,
auf Herrn Abg. Kretschmann 12 Stimmen.
Mit Nein haben 46 Abgeordnete gestimmt.
2 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
Ein Stimmzettel war ungültig.

Frau Fauser hat damit die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten.

Ich darf Sie, Frau Abg. Fauser, fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ich nehme die Wahl an.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Ich danke Ihnen und beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl.

Werden zu Tagesordnungspunkt 3 weitere Anträge gestellt? – Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem in der vorhergehenden Geschäftsordnungsdebatte mehrheitlich festgestellt wurde, dass bis zu vier Vizepräsidenten gewählt werden sollen, nachdem unser Antrag nicht durchkam und deshalb das d'hondtsche Verfahren zugrunde gelegt wurde, kann ich nur sagen: Die CDU stellt jetzt den Präsidenten und einen stellvertretenden Präsidenten, die SPD stellt einen stellvertretenden Präsidenten, und auch die FDP/DVP stellt einen stellvertretenden Präsidenten. Es sind erst drei stellvertretende Präsidenten gewählt. Sie haben selbst gesagt, es seien bis zu vier Stellvertreter möglich. Aus Gründen der formalen Gleichbehandlung aller Fraktionen, insbesondere der beiden kleinen Fraktionen, ist es nach meiner Meinung eine Selbstverständlichkeit, dass wir jetzt in die Wahl eines vierten stellvertretenden Präsidenten eintreten. Wir schlagen für diesen Wahlgang meinen Kollegen Kretschmann vor.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, wir lehnen den Eintritt in einen vierten Wahlgang ab.

Präsident Straub: Es ist beantragt worden, von einem vierten Wahlgang abzusehen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Welchem?)

– Dem Antrag, in keinen weiteren Wahlgang mehr einzutreten. – Handzeichen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Haus hat beschlossen, dass kein weiterer Wahlgang stattfindet, und deshalb kann Ihr Antrag, Herr Abg. Dr. Salomon, nicht berücksichtigt werden.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder des Präsidiums

Hier haben wir nach § 4 Abs. 7 der Geschäftsordnung die weiteren Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Präsidiums zu wählen. Sie finden auf Ihren Tischen eine Vorschlagsliste der Fraktionen (*Anlage 2*). Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, dass das Haus die in der Vorschlagsliste aufgeführten Damen und Herren zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Präsidiums wählt. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen und Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Wahl der Schriftführer

Nach § 4 Abs. 8 der Geschäftsordnung mit der zu Beginn der Sitzung beschlossenen Änderung wählt der Landtag nach den Vorschlägen der Fraktionen entsprechend deren Zahlenverhältnis 18 Schriftführer. Ein entsprechender Wahlvorschlag liegt Ihnen vor (*Anlage 3*). Es widerspricht niemand diesem Wahlvorschlag? – Dann stelle ich fest, dass die Schriftführer so gewählt sind.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses

Nach § 4 Abs. 2 des Landeswahlprüfungsgesetzes besteht der Wahlprüfungsausschuss aus sieben Abgeordneten als ordentlichen Mitgliedern, je einem Stellvertreter für jedes ordentliche Mitglied und je einem ständigen beratenden Mitglied der Fraktionen, die in ihm nicht durch ordentliche Mitglieder vertreten sind. Er wird vom Landtag für die Dauer der Wahlperiode gewählt.

Auch hier gibt es eine Vorschlagsliste der Fraktionen für die Wahl der Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses (*Anlage 4*). Soweit die Stellvertreter nicht oder nicht vollständig benannt sind, werden sie in einer der nächsten Sitzungen nachbenannt.

Eine förmliche Abstimmung wird offenbar nicht gewünscht? – Ich stelle fest, dass das Haus die von den Fraktionen vorgeschlagenen Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern und im Falle der Fraktion der

(Präsident Straub)

FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE zu beratenden Mitgliedern des Wahlprüfungsausschusses gewählt hat.

Meine Damen und Herren, nach der Wahl der Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses gebe ich bekannt, dass elf Wahleinsprüche gegen die Landtagswahl eingegangen sind. Aus der Ihnen vorliegenden Liste (*Anlage 5*) ergibt sich, welche Personen Einspruch erhoben haben.

Ich schlage vor, die Wahleinsprüche dem Wahlprüfungsausschuss zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Beratung zu überweisen. – Das Haus stimmt zu.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Bestellung der Ausschüsse und Wahl der Ausschussmitglieder

Meine Damen und Herren, nach § 18 der Geschäftsordnung bestellt der Landtag zur Vorbereitung seiner Verhandlungen Ausschüsse für die Dauer der Wahlperiode. Gemäß einer interfraktionellen Absprache sollen folgende Ausschüsse bestellt werden:

- Ständiger Ausschuss
- Finanzausschuss
- Wirtschaftsausschuss
- Innenausschuss
- Ausschuss für Schule, Jugend und Sport
- Ausschuss für Umwelt und Verkehr
- Sozialausschuss
- Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft
- Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst
- Petitionsausschuss

Der Ständige Ausschuss hat zugleich die Aufgabe nach Artikel 36 unserer Verfassung.

Mit Ausnahme des Petitionsausschusses, dem 25 Mitglieder, und des Finanzausschusses, dem 21 Mitglieder angehören sollen, sollen alle anderen Ausschüsse 18 Mitglieder haben.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass die Zahl der stellvertretenden Mitglieder bis zur dreifachen Zahl der ordentlichen Mitglieder betragen darf.

Ein gemeinsamer Vorschlag aller Fraktionen zur Wahl der Mitglieder und teilweise auch der stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse liegt auf Ihren Tischen (*Anlage 6*).

Die SPD-Fraktion bittet, beim Petitionsausschuss folgende Änderungen vorzunehmen:

Erstens: Herr Abg. Fischer wird ordentliches Mitglied.

Zweitens: Herr Abg. Seltenreich wird stellvertretendes Mitglied.

Drittens: Als weiteres stellvertretendes Mitglied wird Abg. Mario Capezuto benannt.

Wenn keine Einwendungen erhoben und andere Vorschläge nicht gemacht werden, stelle ich fest, dass das Haus die Ausschussmitglieder und die stellvertretenden Ausschussmitglieder entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen mit der vorhin bekannt gegebenen Änderung gewählt hat.

Meine Damen und Herren, wir haben ferner die Mitglieder des Ausschusses nach Artikel 62 der Verfassung zu wählen, der nach § 19 b Abs. 1 der Geschäftsordnung mit der zu Beginn der Sitzung beschlossenen Änderung aus 18 Mitgliedern und der gleichen Zahl von Stellvertretern besteht.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass das Haus entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen gewählt hat.

Damit ist auch Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussfassung über das Genehmigungsverfahren in Immunitätsangelegenheiten

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, den allgemeinen Genehmigungsbeschluss in Immunitätsangelegenheiten, wie er in ständiger Praxis vom Landtag in der ersten Sitzung der neuen Wahlperiode gefasst wird und in dem Ihnen vorliegenden Sonderdruck auf den Seiten 163 und 164 nachzulesen ist, für die 13. Wahlperiode inhaltsgleich und vorläufig bis zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung zu übernehmen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann stelle ich Zustimmung fest.

Meine Damen und Herren, die zweite Sitzung des 13. Landtags findet morgen, Mittwoch, 13. Juni 2001, um 11:00 Uhr mit folgender Tagesordnung statt:

1. Wahl des Ministerpräsidenten
2. Vereidigung des Ministerpräsidenten

Um 12:00 Uhr findet die dritte Sitzung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bekanntgabe der Ministerliste
2. Bestätigung der Landesregierung
3. Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt, und ich darf Sie nunmehr zu dem lang ersehnten Empfang einladen.

Dieser Empfang wird gleichzeitig Geburtstagsparty; denn Frau Abg. Queitsch hat heute Geburtstag. Frau Queitsch, ich gratuliere Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 14:49 Uhr

Vorschlag

zur vorläufigen Übernahme der Geschäftsordnung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Die Bestimmungen der Geschäftsordnung des 12. Landtags werden **vorläufig** mit folgender Maßgabe übernommen:
 1. Das Präsidium (§ 4 Abs. 1 Satz 2) besteht aus 18 Mitgliedern.
 2. Die Zahl der Schriftführer (§ 4 Abs. 8) wird auf 18 festgelegt.
 3. Der Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament – § 19 b Abs. 1 GeschO) besteht aus 18 Mitgliedern und der gleichen Zahl von Stellvertretern.
- II. Es wird eine interfraktionelle Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, dem Landtag eine Empfehlung für die Geschäftsordnung des 13. Landtags vorzulegen. Das Präsidium legt die Zusammensetzung der Kommission fest.

12. 06. 2001

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP/DVP und
der Fraktion GRÜNE

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Präsidiums

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
<hr/>			
Mitglieder:			
Fleischer Dr. Inge Gräble Hauk Kurz Oettinger Seimetz	Carla Bregenzer Drexler Fischer Marianne Wonnay Zeller	Drautz	Kretschmann Dr. Salomon
Stellvertreter:			
	Rosa Grünstein Ursula Haußmann Moser Schmid Schmiedel Teßmer	Pfister	Brigitte Lösch

12. 06. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion
Wolfgang Drexler und Fraktion
Ernst Pfister und Fraktion
Dr. Dieter Salomon und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP/DVP und
der Fraktion GRÜNE

Wahl der Schriftführer

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
-----	-----	---------	-------

Mitglieder:

Elke Brunnemer	Gustav-Adolf Haas	Heiderose Berroth	Boris Palmer
Friedlinde Gurr-Hirsch	Rita Haller-Haid		
Hillebrand	Käppeler		
Dr. Klunzinger	Sakellariou		
Pauli	Regina Schmidt-Kühner		
Reichardt	Stickelberger		
Rüeck	Ruth Weckenmann		
Schebesta			
Dr. Monika Stolz			

12. 06. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion
Wolfgang Drexler und Fraktion
Ernst Pfister und Fraktion
Dr. Dieter Salomon und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP/DVP und
der Fraktion GRÜNE

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
Mitglieder:			
Herrmann Pauli Reichardt Dr. Reinhart	Bebber Birzele Fischer	Theurer (beratend)	Oelmayer (beratend)
Stellvertreter:			
	Braun Maurer		

12. 06. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion
Wolfgang Drexler und Fraktion
Ernst Pfister und Fraktion
Dr. Dieter Salomon und Fraktion

Liste der Einsprecher gegen die Landtagswahl am 25. März 2001

Gegen die Landtagswahl sind folgende Einsprüche eingegangen:

1. Einspruch von Herrn Hubert Harter, Freiburg, vom 26. März 2001
2. Einspruch von Herrn Heinz Zentler, Heilbronn, vom 26. März 2001
3. Einspruch von Brigitte und Karl-Ulrich Bochert, Stuttgart, vom 4. April 2001
4. Einspruch von Herrn Bernd Linke, Rottenburg a. N., vom 10. April 2001
5. Einspruch von Herrn Martin Krenedics, Schwäbisch Hall, vom 20. April 2001
6. Einspruch von Herrn Hans-Joachim Zimmer, Kirchheim u. T., vom 23. April 2001
7. Einspruch von Herrn Günther W. Bosch, Tübingen, vom 24. April 2001
8. Einspruch von Herrn Rodolfo Panetta, Horb, vom 26. April 2001
9. Einspruch von Herrn Gerd-Josef Solleder, Bruchsal, vom 1. Mai 2001
10. Einspruch von Herrn Prof. Dr.-Ing. Otto F. Hagena, Eggenstein-Leopoldshafen, vom 9. Mai 2001
11. Einspruch von Herrn Hans Schieferstein, Stuttgart, vom 12. Mai 2001

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP/DVP und
der Fraktion GRÜNE

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Ständiger Ausschuss

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
-----	-----	---------	-------

Mitglieder:

Blenke Dr. Inge Gräßle Herrmann Dr. Lasotta Mack Pauli Dr. Reinhart Dr. Schüle Zimmermann	Bebber Birzele Braun Birgit Kipfer Maurer Ruth Weckenmann Wichmann	Theurer	Kretschmann
---	--	---------	-------------

Stellvertreter:

Capezzuto Dr. Caroli Drexler Fischer Rosa Grünstein Haller Junginger Moser Christine Rudolf Sakellariou Wintruff Teßmer Zeller	Hofer Dr. Noll Pfister	Oelmayer Dr. Salomon Dr. Witzel
--	------------------------------	---------------------------------------

Finanzausschuss

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Dr. Birk
Herrmann
Kurz
Ursula Lazarus
Veronika Netzhammer
Reichardt
Dr. Scheffold
Schneider
Dr. Steim
Winckler

Junginger
Moser
Margot Queitsch
Schmid
Schmiedel
Seltenreich
Stickelberger

Kleinmann
Theurer

Heike Dederer
Dr. Salomon

Stellvertreter:

Bebber
Birzele
Carla Bregenzer
Capezzuto
Dr. Caroli
Drexler
Gall
Göschel
Rosa Grünstein
Rudolf Hausmann
Ursula Haußmann
Christine Rudolf
Teßmer
Wintruff
Marianne Wonnay
Zeller

Heiderose Berroth
Drautz
Beate Fauser
Hofer
Dr. Noll
Pfister

Theresia Bauer
Kretschmann
Boris Palmer
Renate Rastätter
Walter
Dr. Witzel

Wirtschaftsausschuss

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Dr. Birk
Dr. Carmina Brenner
Fleischer
Hoffmann
Mack
Veronika Netzhammer
Pfisterer
Schuhmacher
Dr. Monika Stolz

Capezzuto
Gaßmann
Gustav-Adolf Haas
Knapp
Rivoir
Schmiedel
Ruth Weckenmann

Hofer

Dr. Witzel

Stellvertreter:

Braun
Dr. Caroli
Drexler
Haller
Rudolf Hausmann
Ursula Haußmann
Junginger
Kaufmann
Birgit Kipfer
Moser
Dr. Puchta
Margot Queitsch
Seltenreich
Wichmann
Wintruff
Zeller

Heiderose Berroth
Drautz
Dr. Glück

Kretschmann
Dr. Salomon
Walter

Innenausschuss

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Blenke
Heinz
Hillebrand
Kübler
Kurz
Pauli
Scheuermann
Schneider
Zimmermann

Fischer
Gall
Rosa Grünstein
Junginger
Nagel
Stickelberger
Inge Utzt

Dr. Glück

Oelmayer

Stellvertreter:

Birzele
Dr. Caroli
Drexler
Gaßmann
Göschel
Rita Haller-Haid
Birgit Kipfer
Maurer
Christine Rudolf
Sakellariou
Teßmer
Wintruff
Zeller

Beate Fauser
Hofer
Theurer

Theresia Bauer
Brigitte Lösch

Ausschuss für Schule, Jugend und Sport

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Elke Brunnemer
Kiefl
Ursula Lazarus
Röhm
Schebesta
Seimetz
Traub
Christa Vossschulte
Wacker

Bayer
Braun
Käppeler
Margot Queitsch
Christine Rudolf
Wintruff
Zeller

Kleinmann

Renate Rastätter

Stellvertreter:

Katrin Altpeter
Carla Bregenzer
Drexler
Gaßmann
Gustav-Adolf Haas
Rita Haller-Haid
Kaufmann
Birgit Kipfer
Moser
Dr. Puchta
Regina Schmidt-Kühner
Seltenreich
Staiger
Teßmer
Marianne Wonnay

Heiderose Berroth
Beate Fauser
Dr. Glück

Theresia Bauer
Kretschmann
Dr. Witzel

Ausschuss für Umwelt und Verkehr

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Behringer
Friedlinde Gurr-Hirsch
Hauk
Hillebrand
Klenk
Röhm
Schebesta
Scheuermann
Dr. Steim

Dr. Caroli
Göschel
Haller
Kaufmann
Knapp
Regina Schmidt-Kühner
Staiger

Heiderose Berroth

Boris Palmer

Stellvertreter:

Katrin Altpeter
Bayer
Drexler
Gall
Gustav-Adolf Haas
Ursula Haußmann
Moser
Rivoir
Christine Rudolf
Seltenreich
Stickelberger
Inge Utzt
Wintruff
Marianne Wonnay
Zeller

Beate Fauser
Dr. Glück
Dr. Noll

Kretschmann
Walter
Dr. Witzel

Sozialausschuss

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Döpfer
Dr. Inge Gräble
Alfred Haas
Hoffmann
Klenk
Dr. Lasotta
Rüeck
Schuhmacher
Wieser

Katrin Altpeter
Rita Haller-Haid
Rudolf Hausmann
Ursula Haußmann
Sakellariou
Staiger
Marianne Wonnay

Dr. Noll

Brigitte Lösch

Stellvertreter:

Bayer
Braun
Dr. Caroli
Drexler
Gustav-Adolf Haas
Käppeler
Knapp
Nagel
Margot Queitsch
Christine Rudolf
Ruth Weckenmann
Zeller

Heiderose Berroth
Dr. Glück
Kleinmann

Theresia Bauer
Renate Rastätter
Dr. Salomon

Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Dr. Carmina Brenner
Elke Brunnemer
Friedlinde Gurr-Hirsch
Hauk
Kiefl
Kübler
Rüeck
Dr. Schüle
Traub

Bayer
Capezzuto
Haller
Käppeler
Birgit Kipfer
Moser
Teßmer

Drautz

Walter

Stellvertreter:

Dr. Caroli
Drexler
Göschel
Gustav-Adolf Haas
Rudolf Hausmann
Knapp
Dr. Puchta
Rivoir
Sakellariou
Regina Schmidt-Kühner
Staiger
Stickelberger
Marianne Wonnay

Beate Fauser
Dr. Glück
Theurer

Kretschmann
Renate Rastätter
Dr. Witzel

Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Fleischer
Dr. Klunzinger
Pfisterer
Dr. Reinhart
Dr. Schüle
Dr. Monika Stolz
Dr. Vetter
Wacker

Carla Bregenzer
Kaufmann
Dr. Puchta
Rivoir
Regina Schmidt-Kühner
Inge Utzt
Wichmann

Pfister

Theresia Bauer

Stellvertreter:

Bayer
Bebber
Birzele
Drexler
Gaßmann
Rita Haller-Haid
Birgit Kipfer
Maurer
Moser
Nagel
Margot Queitsch
Christine Rudolf
Schmid
Schmiedel
Staiger
Ruth Weckenmann

Heiderose Berroth
Kleinmann
Dr. Noll

Brigitte Lösch
Boris Palmer
Renate Rastätter

Petitionsausschuss

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Behringer
Blenke
Elke Brunnemer
Döpfer
Alfred Haas
Mack
Reichardt
Schebesta
Dr. Scheffold
Seimetz
Wacker
Zimmermann

Katrin Altpeter
Gall
Gaßmann
Rosa Grünstein
Gustav-Adolf Haas
Rita Haller-Haid
Maurer
Sakellariou
Seltenreich

Beate Fauser
Dr. Noll

Oelmayer
Walter

Stellvertreter:

Bayer
Dr. Caroli
Fischer
Junginger
Käppeler
Knapp
Nagel
Margot Queitsch
Christine Rudolf
Regina Schmidt-Kühner
Schmiedel
Stickelberger
Inge Utzt
Ruth Weckenmann
Wichmann
Marianne Wonnay
Zeller

Heiderose Berroth
Drautz
Dr. Glück
Hofer
Kleinmann
Theurer

Theresia Bauer
Heike Dederer
Kretschmann
Boris Palmer
Renate Rastätter
Dr. Witzel

Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament)

CDU

SPD

FDP/DVP

GRÜNE

Mitglieder:

Fleischer
Dr. Inge Gräßle
Hauk
Kurz
Oettinger
Seimetz
Straub
Christa Vosschulte

Birzele
Drexler
Fischer
Ursula Haußmann
Maurer
Staiger
Marianne Wonnay

Drautz
Pfister

Oelmayer

Stellvertreter:

Bebber
Carla Bregenzer
Gaßmann
Birgit Kipfer
Nagel
Schmid
Zeller

Hofer

Dr. Salomon

12. 06. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion
Wolfgang Drexler und Fraktion
Ernst Pfister und Fraktion
Dr. Dieter Salomon und Fraktion